

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 5

Artikel: Das Deutschland von morgen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kredit und Währung. Die Zwangsbewirtschaftung von Kredit, Geld und Währung wird genau so wie in den Demokratien des Westens unvermeidlich. Die Finanzreform muß damit zu einem Bestandteil der Wirtschaftsreform werden. Die revidierten Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung sind durch die Entwicklung längst überholt. Es besteht die Gefahr, daß dasselbe sich ergeben wird in der gegenwärtig zur Diskussion stehenden Bundesfinanzreform. Wenn die Kosten der Mobilisation das Maß in beträchtlicher Weise übersteigen werden, das zur Zeit den finanzpolitischen Überlegungen des eidgenössischen Finanzministers zugrunde liegt, das heißt, wenn die Mobilisation über den 1. Juli 1940 hinaus dauert und damit mehr als, wie budgetiert, ca. 1 Milliarde Franken kostet, dann bleibt die neue Finanzreform wiederum eine Lösung, die weder dem staatlichen Kredit noch der Währung vor neuem Zerfall helfen kann. Die endgültige Bundesfinanzreform sollte darum auf lange Sicht hin in Angriff genommen werden. Die erste These der Leitsätze Bachmann ist für uns Sozialdemokraten darum grundsätzlich nicht annehmbar. Die endgültige Finanzreform im Bund müßte den neuen Grundlagen der Kredit-, Geld- und Währungspolitik, die Krieg und dirigierte Wirtschaft geschaffen haben und noch verstärken werden, Rechnung tragen. Neue Prinzipien in der Verteilung des nationalen Einkommens werden beginnen, sich dabei durchzusetzen.

Damit führt die Diskussion der Bundesfinanzreform zur Diskussion der grundlegenden Probleme unserer politischen und staatlichen Existenz. In der freiheitlichen und demokratischen Schweiz liegt die Entscheidung beim Volk.

Das Deutschland von morgen

Von * * *

Vorbemerkung der Redaktion: Wir legen Wert auf die Feststellung, daß die nachfolgenden Darlegungen von einem deutschen Sozialisten radikaler Observanz geschrieben sind. Wir halten diese Aussprache für zeitgemäß und notwendig.

Noch am Vorabend des Krieges kam in der französischen Presse eine Diskussion ins Rollen, die die Frage nach dem «Deutschland von morgen» zum Thema hatte. Den Anstoß gab der scharfblickende Journalist Henri de Kérillis durch einen aufsehenerregenden Artikel. Für ihn galt es wie ausgemacht, daß das ganze Deutschland von heute einen «einzigsten Hitlerblock» bilde und daß darum auch nur die völlige Zerschlagung Deutschlands die Welt endgültig von den Gefahren befreie, die ihr von diesem aus drohen. Andere französische Politiker, die der Artikel auf den Plan rief, widersprachen einer so weitgehenden Identifizierung Deutschlands mit dem Hitlerismus und machten darum an der von Kérillis entwickelten These einige Abstriche. Zu ihnen gehörte vor allem der Sozialist Léon Blum. Dafür erhielt Kérillis den fast bedingungslosen Sukkurs des bekannten Schriftstellers Emil Ludwig, der als Verfasser einiger historischer Arbeiten über Persön-

lichkeiten der deutschen Geschichte wie Wilhelm II. und Hindenburg immerhin etwas zu dem angeschlagenen Thema zu sagen hat. Fast gleichzeitig und unabhängig von dieser Diskussion wurden in der deutschen Emigrantenpresse die Federn zur gleichen Frage, wenn auch von etwas anderer Warte aus, gekreuzt. In diesem Falle war es Leopold *Schwarzschild*, der Herausgeber des «Tagebuchs», der die Diskussion in Fluß brachte.

Notwendigerweise müssen alle derartigen Diskussionen unbefriedigt lassen. Die Zahl der unbekannten Fakten ist zu groß, als daß sie nicht Gefahr laufen, sich im luftleeren Raum zu verlieren. Was wissen wir von der wirklichen Beschaffenheit des heutigen Deutschlands, außer daß dort eine rücksichtslose Diktatur herrscht, die durch ihr Säbelgeklirr ständig die Welt in Schrecken hält? Wer will mit einiger Sicherheit feststellen können, daß es neben dem Hitler-Deutschland noch ein anderes gibt und welche konkrete Bedeutung diesem zukommt? Vor allem: wer weiß etwas von dem Geisteszustand, der sich im Verlauf des jetzigen Krieges im deutschen Volk herausbilden und wie dieser sich im Augenblick präsentieren wird, da die Waffen das letzte Wort gesprochen haben? Diktaturen sind, das weiß man allmählich, außerordentlich elastisch. Nicht nur in der Außenpolitik, wo sie je nach Bedarf Freunde und Feinde auswechseln, sondern auch in der Innenpolitik. Soeben führt das Dritte Reich ein neues Exempel vor. Seit dem Kriegsausbruch schwingt der Nazismus die Fahne des Antikapitalismus, als hätten seine Führer nie bei Thyssen und andern deutschen Schwerindustriellen antichambriert und ihnen die Ausrottung der freien Gewerkschaften wie überhaupt der modernen Arbeiterbewegung samt allen ihren politischen und sozialen Errungenschaften in die Hand versprochen. Ein leibhaftiger Moskauer könnte heute nicht bolschewistischer reden, als wie es heute die Führung des Nazismus tut. Natürlich handelt es sich hier um eine bedenkenlose Demagogie. Aber wer wagt dafür einzustehen, daß diese nicht verfängt und daß nicht viele von denen auf den Leim kriechen, die gestern noch abseitig standen? Eine Antwort auf alle diese und andere Fragen, die von entscheidendem Einfluß auf die weitere Entwicklung werden können, kann endgültig nur die Zukunft geben. Heute sind sie in dichtesten Nebel gehüllt.

Sehr viel fruchtbarer könnte sich eine Diskussion gestalten, wenn man sie auf die Frage beschränkte, wie das Deutschland von morgen aussehen und wie Hand an es gelegt werden soll, sobald erst einmal das Hakenkreuz vom Maste heruntergeholt ist, was ja sowohl England als Frankreich wiederholt als das eigentliche Ziel dieses Krieges proklamiert haben. Selbstverständlich hat die Diskussion sich auch schon auf diese Frage ausgebreitet. Dabei rückte fast von selbst das Für und Wider einer eventuellen *Rückkehr von Weimar* in den Mittelpunkt. Leider läßt sich aber nicht behaupten, daß die Diskussion darum ersprißlicher geworden wäre. Die meisten Teilnehmer stürzten sich einfach auf die diversen Artikel jenes Verfassungswerkes und unterzogen diese einer kritischen Durchsicht, wobei die einen mehr, die

ändern weniger Schönheitsfehler entdecken wollten. Ein solches Verfahren mag bei einem Modekleid angehen. Die Verfassung eines Landes ist nie und nimmer allein nach dem Zuschnitt ihrer Paragraphen zu beurteilen. Hier ist allein der Geist entscheidend, mit dem sie erfüllt wird, und das ist nicht einmal so sehr von ihrer Handhabung als vielmehr von ihrer Gesinnung abhängig, zu der die maßgebenden Parteien das Volk erziehen. Noch nie hat sich in der Geschichte der Fall ereignet, daß ein Staat an den Mängeln seiner geschriebenen Verfassung zugrunde gegangen ist. England hat, wie man weiß, überhaupt kein derartiges Dokument und gehört gleichwohl zu den stabilsten Staatswesen der Welt. Andererseits konnte man von der Weimarer Verfassung mit Fug und Recht sagen, daß sie zu den freiheitlichsten und fortschrittlichsten der Welt gehöre. Gleichwohl hat sie Deutschland nicht vor dem Absturz in die finsterste aller Diktaturen bewahrt.

Die Erklärung ist einfach: Die englische nichtgeschriebene Verfassung war das Ergebnis eines langen, sich über Jahrhunderte erstreckenden geschichtlichen Prozesses. In diesem hatten sich im steten Parteienkampf bestimmte Grundsätze und Regeln für die Gestaltung des staatlichen Zusammenlebens entwickelt, gegen die niemand verstoßen konnte, ohne von der öffentlichen Meinung sofort abgeschüttelt zu werden. Auch wenn sie nicht schwarz auf weiß niedergeschrieben waren, sind diese Grundsätze und Regeln doch für jedermann heilig geworden, ohne daß ein besonderer Schwur dies bekräftigte. Die Weimarer Verfassung dagegen war das ausschließliche Werk einiger Juristen, das dann Paragraph für Paragraph in parlamentarischen Kommissionen durchleuchtet und schließlich von einer Nationalversammlung sanktioniert wurde. Sie war nicht aus dem Leben heraus gestaltet, sondern entstand an grünen Tischen als Resultat eines Kuhhandels zwischen feilschenden Parteibürokratien unter völliger Ausschaltung des Volkes selbst. Nichts ist charakteristischer, als daß die Nationalversammlung damals nicht in der Hauptstadt des Reiches, sondern in einer Provinzstadt zusammentrat, die noch mit dem muffigen Geruch eines der vielen Fürstenhöfe angefüllt war, deren Macht die November-Ereignisse des Jahres 1918 ein Ende gesetzt hatten. Abseits des Lärms der Straße entstanden, wollte man das Verfassungswerk auch ohne diese vollenden. Kein Wunder, daß dann das Volk dieser geradezu unter seinem Ausschluß zustande gekommenen Verfassung das Vertrauen versagte und sie eher als ein Hemmnis auf dem Wege zu Freiheit und Fortschritt denn als eine Erfüllung der Hoffnungen betrachtete, mit denen es in die November-Bewegung eingetreten war. Noch ehe sie in Kraft trat, war die Weimarer Verfassung so mit dem bösesten Omen behaftet, das eine Verfassung treffen kann. Tatsächlich ist es auch nie gelungen, diese Paragraphen-Sammlung zu einem lebendigen Volksgut zu machen. Die Massen wurden das Gefühl nicht los, daß sie damit um die eigentlichen Früchte des November-Umsturzes geprellt worden sind, und alles Bemühen, ihnen dieses auszureden, blieb vergebens, so sehr man sich dabei wahrer Engelszungen bedienen mochte.

Abgesehen von diesem offenkundigen Geburtsfehler, mit dem die Weimarer Verfassung zur Welt kam, mußte aber auch ihr Inhalt bei den Massen Anstoß erregen. So uneinheitlich die Stoßrichtung der November-Revolution auch war — welche Revolution verläuft anders? —, so hatte sie doch aus sich heraus und ohne bewußte Anlehnung an Vorbilder ein Machtorgan entwickelt, an dem sie mit Leidenschaft hing, weil es ihr einen unmittelbaren Einfluß auf die Geschehnisse und damit auf die weitere Gestaltung des neuen Deutschlands gestattete. Das waren die *Arbeiter- und Soldatenräte*. Es ist damals und später viel über diese Organe gezetert worden. Vielfach wollte man in ihnen nur eine Kopie der russischen Arbeiter- und Soldatenräte erblicken und verdächtigte sie darum als Institutionen des Bolschewismus. In Wirklichkeit war es allein diesen Organen zu verdanken, wenn am 9. November und in den folgenden Wochen nicht das Chaos über Deutschland hereinbrach. Die Arbeiter- und Soldatenräte, vor allem die ersteren, waren nicht Organe der Unordnung, sondern der Ordnung. Sie waren Dämme, die die Revolution gegen mögliche eigene Überflutungen errichtete, ohne sie darum aber zugleich auch ihrer Stoßkraft zu berauben. Einmal traten sie an die Stelle des diskreditierten Verwaltungsapparats der Monarchie mit seiner reaktionären und revolutionsfeindlichen Bürokratie und zum andern wirkten sie als Träger neuer politischer und sozialer Ideen und erfüllten so eine ähnliche Funktion wie die «Sektionen» in der großen Französischen Revolution und die später aus ihnen hervorgegangenen Kommunen. Gerade diese ursprünglichste Schöpfung des Novemberumsturzes fand in der Weimarer Verfassung aber keine Berücksichtigung. Statt irgendwie in den neuen Staatsaufbau eingefügt zu werden, wurden sie radikal ausgemerzt, und als einzige Konzession blieb allein das vollkommen unpolitische Gebilde der *Betriebsräte*, die weniger als ein Schatten der Arbeiterräte waren. So trat die Weimarer Verfassung zunächst als das Todesurteil über die eigentlichen Organe der Revolution in das Bewußtsein der Massen und entfremdete sich diese nur, statt sie zu gewinnen.

«Die Tragödie einer unverstandenen Verfassung» überschrieb der frühere Chefredakteur des Berliner «Vorwärts», F. Stampfer, einen kürzlich zum zwanzigsten Jahrestag der Inkraftsetzung der Weimarer Verfassung im «Neuen Vorwärts» publizierten Artikel. Wohlan: die tiefere Ursache des beklagten Unverstandes lag in dieser Ignorierung der Arbeiterräte. Sie blieb unverstanden, weil sie selber das Verständnis für das, was die Massen als notwendig begriffen hatten, schuldig geblieben war. Es ist naiv, wie Stampfer das tut, heute die in der Weimarer Verfassung proklamierten Grundrechte in Erinnerung zu rufen und zu fragen, ob das nie wieder so sein solle. Weimar liegt jetzt zertrampelt am Boden. Sein Inhalt interessiert darum das deutsche Volk noch weniger als vordem, aber es stellt an die Verantwortlichen von Weimar die Frage, ob die Diktatur nicht gerade darum ein so leichtes Spiel mit der Demokratie hatte, weil sie durch die Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte die Volkskraft beugte und sie einem zur Ohnmacht verurteilten Parlament auslieferte.

Auch mit diesen Fehlern und Unterlassungen hatte es noch lange nicht sein Bewenden. Mit der Weimarer Verfassung wurde Deutschland als ein *demokratischer Staat* begründet. Aber was geschah, um den Gedanken der Demokratie nun auch im Volke zu verankern? Kaum daß sie in Kraft getreten war, entwickelten fast sämtliche Parteien genau dieselbe Betriebsamkeit wie im alten Kaiserreich. Das heißt: sie waren vor allem Wahlapparate, die allesamt nur die eine Funktion hatten, Seine Majestät den Wähler zu umwerben. Es hob ein Wettlauf um Stimmen an. Sicher gehört das Wählen und Abstimmen zur Demokratie. Aber diese erschöpft sich nicht darin. Demokratie ist mehr als nur Parlamentarismus. Sie ist in erster Linie und vor allem eine *Gesinnung*, deren Inhalt seine einprägsamste Umschreibung in den drei Worten gefunden hat, die einst die Französische Revolution den Völkern als flammende Parole zugeschleudert hat: *Liberté, Fraternité, Egalité* — Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit. Es ist kein Zufall, daß man diese Parolen im Deutschland der Weimarer Zeit nur wenig vernahm. Namentlich von der Brüderlichkeit, die sinngemäßer mit Menschlichkeit zu übersetzen wäre, war kaum die Rede. Auch der Begriff der Freiheit wurde konsequent mißdeutet. Gewöhnlich bezogen ihn die Parteiapparate einfach auf sich, während sie die Freiheit des Individuums, die doch allein gemeint sein kann, geflissentlich mißachteten. Und die Gleichheit begriffen sie als eine Uniformierung der Meinungen, nicht aber als eine Gleichheit der Bürgerrechte. Andere Länder, die über eine lange demokratische Tradition verfügen, mögen gegen solche Verzerrungen auch nicht gefeit sein, aber das wird dort gewöhnlich wieder durch den gesunden demokratischen Sinn des Volkes, wenn gelegentlich auch mit politischen Zuckungen, korrigiert. In Deutschland mußte die demokratische Gesinnung erst in die Herzen des Volkes gesenkt werden, aber statt dessen drückte man ihm lediglich Wahlzettel in die Hand. Der Staatsbürger wurde nicht zur Freiheit und zu deren richtigem Gebrauch, sondern zur Unterordnung erzogen. Man brachte ihm bei, wie er sich der von oben verkündeten Meinung zu fügen habe, und wog nicht die Überzeugung, sondern die von ihm geübte Disziplin. Aus Untertanen des Staates wurden Untertanen der Parteien — das war der einzige politische Erziehungsfortschritt, den die Demokratie gegenüber der Monarchie aufzuweisen hatte. Es war genug, daß eines Tages jemand diese Parteiapparate konfiszierte, um sofort das ganze Volk der Ohnmacht auszuliefern und die Erbschaft anzutreten, wie Hitler dies ja dann auch getan hat.

Ein Regimewechsel kann sich auch nicht darin erschöpfen, daß man eine neue Verfassung proklamiert und daß neue Personen an die Stelle anderer treten, als handle es sich um eine reine «Wachablösung» nach neuerem italienischen Muster. Ein neues Regime tritt nur in dem Maße in das Bewußtsein der Massen und erringt sich auch nur so weit dessen Vertrauen, als es sich in seinen Handlungen von dem früheren unterscheidet. Erstes Erfordernis hierfür ist eine sichtbare Distanzierung. Es genügt nicht, daß man Götter stürzt, man muß ihnen auch öffentlich den Prozeß machen. Das hat mit Rachegeist nichts auszustehen. Alte

Götter werden im Bewußtsein der Massen nur dann endgültig entthront, wenn man sie diesen auch in ihrer ganzen Erbärmlichkeit vorführt. In Deutschland gab es viele derartige Götter, die zuerst von ihrem Piedestal heruntergestoßen werden mußten, wenn verhindert werden sollte, daß sie eines Tages wiederkehren. Sie bestanden auch nicht nur aus ehemaligen Kronenträgern, sondern ebenso aus Generalen und Admiralen. Das neue Regime hätte es als eine der Ehre des deutschen Volkes geschuldete Pflicht betrachten müssen, die Frage der Kriegsschuld nicht in Versailles, sondern in Deutschland selbst durch eine objektive Untersuchung beantworten zu lassen. Auch die Art und Weise, wie das Kaiserreich den Krieg führte — der Neutralitätsbruch gegenüber Belgien, die dort erfolgten rigorosen Evakuierungen, der unbeschränkte U-Bootkrieg usw. usw. — mußten vor den Richterstuhl der Geschichte gezogen werden. Es ist wahr, daß ein solches Beginnen das Geschehene nicht mehr hätte rückgängig machen können. Aber ebenso wahr ist, daß das neue Regime damit dem in Unkenntnis gehaltenen deutschen Volke die notwendige Aufklärung besorgt und damit vor aller Welt auch dokumentiert hätte, daß es mit dem alten Regime nichts gemein haben will und auch nichts gemein hat.

Noch heute hört man — und nicht nur geeichte Weimarianer — klagen, daß das Ausland der Republik auf Schritt und Tritt mit Mißtrauen begegnete und ihr auf diese Weise fortgesetzt das Leben erschwerte. Aber was hatte diese Republik selber zur Abtragung dieses Mißtrauens getan? Es war auch kein gutes Omen, daß eines unschönen Tages die Präsidentschaft in die Hände desjenigen Generals überging, der zumindest formell die Verantwortung für furchtbare Entartungen der Kriegsführung trug. Eine verhängnisvolle Folge demokratischer Spielregeln? Aber wäre nicht jeder Nimbus um Hindenburg längst verflogen gewesen, wenn man sein Tun und Nichttun während des Krieges einmal öffentlich unter die Lupe genommen und seine Mitschuld an der militärischen Niederlage Deutschlands öffentlich festgestellt hätte, wie das die französische Republik beispielsweise im Jahre 1871 mit ihren Generalen gemacht hatte? Und schon ganz unmöglich wäre es gewesen, daß dann die Legende von dem «militärisch unbesiegtten Deutschland» die Köpfe hätte erobern können. Was aber das allein wieder bedeutet, ist daran zu ermessen, daß Hitler recht eigentlich auf dieser Legende zur Macht emporritt und sie auch heute wieder benützt, um das Volk über die militärischen Chancen Deutschlands in diesem Krieg in Illusionen zu wiegen, aus denen es womöglich ein noch brutaleres Erwachen gibt als im November 1918.

Was alle diese Erinnerungen mit den eingangs erwähnten Diskussionen zu tun haben? Wohlan: die Absicht ist, diese aus der Welt der Unwirklichkeit, in der sie sich heute zu verlieren drohen, in die Welt der Wirklichkeit zurückzurufen. Es ist müßig, zu fragen, ob Weimar wieder zu Leben geweckt oder ob an seine Stelle eine andere Verfassung treten soll. Das ist eine Nebensache und nicht einmal eine große. Entscheidend ist, daß man aus den begangenen Unterlassungen und Fehlern lernt. Es genügt nicht, daß Hitler gestürzt wird, auch der

Hitlerismus muß den Menschen aus den Köpfen gerissen werden. Das ist nicht etwas, das Hitler erst erfunden und propagiert hat. Was die Welt heute unter Hitlerismus begreift, war in Deutschland da, ehe Hitler auf die politische Bühne trat. Irgendwie spukte dieser in allen Köpfen herum und war auch in allen Parteien, die Kommunisten nicht ausgenommen, anzutreffen. So war der Antisemitismus in Deutschland dauernd latent, wie auch der Nationalismus, verbunden mit dem Glauben an eine besondere politische Weltmission Deutschlands, stets und überall anzutreffen war. Auch die aufreizende Gleichstellung von Macht und Recht ist nicht erst von Hitler erfunden worden. Die deutschen Arbeiterorganisationen praktizierten sie auf Konferenzen der Sozialistischen Internationale oder des Internationalen Gewerkschaftsbundes fast ebenso, wie es die offiziellen Vertreter Deutschlands zu allen Zeiten bei anderen internationalen Anlässen taten. Hitler hat nur alle diese Stimmungen für sich eingefangen und sie noch bis zur Absurdität gesteigert. Aber keine Partei kann sich in Deutschland von dem Vorwurf freisprechen, daß sie Hitler nicht irgendwie beträchtliche Vorarbeit geleistet habe. Der Bolschewistenschreck war von allen bürgerlichen Parteien geritten worden, lange ehe ein Hitler diesen Klepper vor seinen Propagandawagen spannte, und die Verwandlung der Staatsbürger in einen bloßen Sprechchor war von der Kommunistischen Partei ebenfalls lange vor Hitler erfolgreich vollzogen. Eine «Republik ohne Republikaner» hat man das Deutschland von Weimar oft spöttisch bezeichnet. Das war ihr wahres Gebrechen, an dem sie schließlich auch zugrunde ging. Man erziehe das deutsche Volk zum Republikanismus, also zur Demokratie, und die deutsche Republik wird mit oder ohne Weimarer Verfassung bestehen.

Wider seinen Willen hat Hitler dem «Deutschland von morgen» eine einmalige, nicht wiederkehrende Chance gegeben. Indem er mit allen alten Parteien aufräumte, hat er diese auch von jeder Mitverantwortung für das Dritte Reich entbunden. Das ist der große Unterschied zu 1918. Das Kaiserreich, das auf seine Weise auch totalitär war, hatte die Parteien bestehen lassen und ihnen zwar, mit Ausnahme der äußersten Rechten, keinen Einfluß, wohl aber Mitverantwortung eingeräumt. Zuletzt, als es überall schon knisterte und die militärische Niederlage offenkundig wurde, machte die Monarchie sogar einige Verneigungen vor der Sozialdemokratie und berief deren parlamentarisches Oberhaupt *Scheidemann* zum Staatssekretär ohne Portefeuille. So waren schließlich mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialisten und den Spartakisten alle Parteien mit dem zusammenbrechenden System und seinen politischen und militärischen Trägern irgendwie verhängt, und der November-Umsturz traf sie mit gebundenen Händen. Keine dieser konnte ehrlicherweise das versinkende Regime vor den Richterstuhl eines Volksgerichts zitieren, ohne selber auf der Anklagebank Platz nehmen zu müssen. Die freiwillig übernommene Mitverantwortung wurde zur unfreiwilligen Mitschuld. Die aus Unabhängigen Sozialisten und Spartakisten bestehende Opposition aber erwies sich als zu schwach und auch als zu uneinheitlich, um das Rückgrat des neuen

Staates zu bilden, ganz abgesehen davon, daß sie unentschlossen zwischen Diktatur und Demokratie hin und her schwankten. So ergab es sich fast von selbst, daß die politischen und wirtschaftlichen Mächte in der Republik im wesentlichen die gleichen waren, die einst in der Monarchie maßgebenden Einfluß besaßen. Der ganze Umsturz beschränkte sich auf eine Auswechslung des Firmenschildes. Statt Monarchie schrieb man Republik. Wohl gelang es im Laufe der Zeit, dieser starke fortschrittliche Züge aufzupressen, die namentlich das Gebiet der Sozialpolitik betrafen. Auf diesen Fortschritt sind die Weimarianer denn auch besonders stolz. Niemand wird ihnen das Recht hierzu abprechen wollen, wenn auch daran erinnert werden darf, daß das Ende des Weltkrieges ganz allgemein, und nicht nur in Deutschland, den Beginn einer neuen sozialpolitischen Ära einleitete, weil die organisierte Arbeiterschaft auch überall ein ungleich größerer Machtfaktor als vor dem Kriege geworden war.

Hitlers Aufräumarbeit beschränkt sich glücklicherweise nicht nur auf die Weimarer Parteien. Sie betrifft weitgehend ebenso den Hitlerismus selbst, also die Gesamtheit jener vielfältigen gesellschaftlichen Ressentiments, die bisher in Deutschland herrschend waren und die alle Gefühlsskalen zwischen Neid und Arroganz, Verfolgungswahn und Herrschsucht, Überempfindlichkeit und Gewalttätigkeit durchliefen. Sie waren zu allen Zeiten in Deutschland anzutreffen, seitdem der Schatten des preußischen Militarismus sich mit seiner provozierenden Borniertheit über das Land ausbreitete. Während sie aber früher nur gelegentlich in scheinbar lokalen Ereignissen an die Oberfläche traten, sind diese Ressentiments unter Hitler zum hemmungslosen Durchbruch gelangt und wurden offiziell zur Weltanschauung des Dritten Reiches deklariert. Wohl in allen neu als Nationen in die Geschichte eintretenden Völkern werden immer wieder mehr oder weniger große Rückstände an unvergorenen Ideen anzutreffen sein, aber während die meisten mit diesen in freier geistiger Auseinandersetzung fertig werden, wurden sie in Deutschland noch mit allen Künsten konserviert. Weit davon entfernt, sie als die eigentlich berufenste Richterin zu widerlegen, formt die deutsche Wissenschaft aus dem geistigen und politischen Schutt sogar noch ihre Fundamente, weil diese Wissenschaft ja auch zu keiner Zeit wirklich frei und unabhängig war. Unter diesen Umständen blieb nur ihre Erprobung in der Praxis und die Anrufung des Richterspruchs der Geschichte übrig. Schon heute läßt sich sagen, daß das Urteil vernichtend ausgefallen ist. Zu keiner Zeit ist Deutschland so der allgemeinen Verachtung ausgeliefert, nie geistig, politisch und moralisch isolierter gewesen wie heute, und niemand zweifelt, daß die militärische Entscheidung, die jetzt angehoben hat, dieses Urteil nur bestätigen kann. Es ist eine harte Lektion, die das deutsche Volk auf diese Weise erteilt bekommt, aber sie ist, wie die Dinge sich nun einmal entwickelt haben, die einzige, durch die es kuriert werden kann.

Der große Zerstörer, der Hitler unzweifelhaft ist, hatte also auch eine historische Mission. Er wirkte als «Teil jener Kraft, die stets

das Böse will und doch das Gute schafft», indem er alle jene deutschen Ressentiments, die im Grunde nur ein Ausdruck der allgemeinen politischen Rückständigkeit des deutschen Volkes waren, restlos ad absurdum geführt hat. Daß er hierbei zusammen mit den eigenen auch noch mit den Moskauer Heils-Ideen aufräumte, wird man ihm immer als ein besonderes Verdienst anzurechnen haben, wenn auch in einem andern Sinne, als er es erwarten mag. Zugleich aber wird durch die Entscheidung dem deutschen Volk auch der Weg gewiesen, auf dem es allein eine Zukunft hat. Es muß sich um den Anschluß an die große internationale Völkerfamilie bemühen, die nur auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit, von Freiheit und Menschlichkeit nach innen und außen gefunden werden kann. Deutschland wird sich aus seinem tiefen Fall um so schneller erheben, desto rascher und desto gründlicher es sich von den Ressentiments, die jetzt zu seinem Verhängnis wurden, lossagt, und seine größten Förderer werden jene sein, die entschlossen sind, radikal die Konsequenzen aus der Katastrophe zu ziehen, in die es der Hitlerismus gestürzt hat. *Das neue Deutschland, das «Deutschland von morgen», kann nur aus einem völlig neuen Geist und aus einer völlig neuen Gesinnung erstehen, die ihre Vorbilder bewußt in den großen und kleinen Demokratien suchen.* Ob dieser Weg auch zurück nach Weimar führt, ist belanglos. Wichtig ist, daß niemand daran denkt, Volksbewegungen, wie sie nach dem Sturze Hitlers auftreten mögen, ähnlich wie 1918 in den Arm zu fallen. Bekanntlich heißt Demokratie Volksherrschaft und nicht, wie man in Deutschland damals fälschlich meinte, Parteienherrschaft. Ihre Begründung muß darum auch das Werk des Volkes selbst und nicht von Parteiapparaten sein, deren Weisheit nicht über die Parolen «Ordnung und Disziplin» hinausgeht, nur weil sie anders ihr eigenes Ruhebedürfnis gefährdet sehen. Völker haben, namentlich unter dem frischen Eindruck übler Erfahrungen, einen viel gesünderen Instinkt, als man gewöhnlich wahrhaben will, und hätte man in Deutschland diesem 1918 mehr vertraut, dann wäre ihm das heutige Schicksal wohl erspart geblieben. Läßt man aber in Deutschland endlich einmal die Stimme des Volkes wirklich zum Durchbruch kommen, dann werden auch Betrachtungen wie diejenigen von de Kérillis von selber hinfällig.

Charles Horton Cooley

und die neuere amerikanische Soziologie

Von Desider Hort.

»Der mechanische Ingenieur hat seine Arbeit getan, der soziale hat das Seine noch zu tun. Inzwischen liegt dem Sozialwissenschaftler ob, die Prinzipien zu formulieren, welche der *Ingenieur der Gesellschaft* anwenden wird.«
Cooley, Angell, Carr (Introductory Sociology).

Die Frage, wann die *neuere* amerikanische Sozialwissenschaft beginnt, ist schwer zu beantworten. Im Werden des Sozialen und seiner